



GRÜNER NEUSTART

Alles neu macht der Mai – die Grünen bereiten ihr Comeback auf Bundesebene vor. **Seite 3**

Foto: Bernd Renner



FREIBÄDER ERHALTEN!

Dem Sparstift des Landes könnten einige Freibäder zum Opfer fallen. **Seite 5**

Foto: Max Mayerhofer



SÜDBAHNHOFMARKT

Der größte Linzer Wochenmarkt ist eine Oase der Lebensqualität. Ein Porträt auf **Seite 7**

Foto: Archiv

OÖ.PLANET

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

AUSGABE NR. 99A
21. JAHRGANG | SOMMER

OÖ.PLANET NR. 01/2018 | PREIS: € 1,-
ÖSTERREICHISCHE POST AG | MZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17
RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



Stoppt die Umweltgifte!

Retten wir unsere Insekten und stoppen wir den Einsatz von Glyphosat und anderen Risikopestiziden, damit Oberösterreich aufblüht.

→ 02

Fotos: istockphoto.com / Collage: Gerhard Niederlechner

ZUGESPITZT

Zerschlagt Facebook!

Das fordern Demokratie-AktivistInnen in den USA, und sie haben einen guten Punkt. Facebook, Messenger, WhatsApp, Instagram, dazu die Anmelde-Verwaltung für viele Seiten... Da kommt eine demokratiepolitisch bedenkliche Machtballung zusammen. Und gleiches gilt für Google, Apple und Amazon. Mindestens diese, aber Samsung und ein paar andere kommen auch in die Nähe dieser Machtkonzentration.

Nun, ob man die Konzerne wirklich zerschlagen muss oder gar kann, sei dahingestellt. Was nutzt zum Beispiel eine Trennung in x Gesellschaften, wenn die dann wieder über die Eigentümerstruktur gleichgeschaltet agieren?

Wichtig ist im Kern etwas anderes: Die Services gehören entflichtet, ihre Macht entsteht ja aus der Vernetzung der Datenbanken. Dann brauchen wir volle Transparenz darüber, wer welche Daten sammelt. Und volle Transparenz bei den Algorithmen ab einigen Millionen Usern (nicht für kleine Plattformen, die sollen ruhig einen Wettbewerbsvorteil gegen die großen haben.). Eine solche Entflechtung könnte auch Europa für Services auf seinem Territorium vorschreiben, wir

„Wir brauchen volle Transparenz darüber, wer welche Daten sammelt.“

müssen nicht auf die USA warten...

Michel Reimon, Wettbewerbssprecher der Europäischen Grünen; Mitglied im Europaparlament



GRÜNE ZUKUNFTSFOREN

In den Zukunftsforen diskutieren wir brennende Fragen unserer Zeit und entwickeln gemeinsam neue Vorgehensweisen, um künftig anders als bisher zu agieren.

→ 08

OÖ.GBW.AT

KOMMENTAR



■ **MARIA BUCHMAYR**
LANDES- UND
FRAUENSPRECHERIN
DER GRÜNEN ÖÖ
MARIA.BUCHMAYR@
GRUENE.AT

Noch nicht alle haben die Gefahr durch Pestizide erkannt

Welcher Schaden muss noch eintreten, bis wirklich alle begreifen, wie gefährlich Pestizide sind? Dies ist zwar bereits teilweise ins allgemeine Bewusstsein eingesickert. Aber noch immer wird relativiert statt rigoros vorgegangen. Die EU hat zwar die drei gefährlichsten Insektengifte verboten. Aber weitere gefährliche Pestizide bleiben am Markt. Wir Grünen wollen einen schrittweisen Ausstieg aus allen Risikopestiziden. Wir haben dazu im Landtag eine Aktuelle Stunde initiiert, einen entsprechenden Antrag eingebracht, auf die Zustimmung von ÖVP und FPÖ gebaut.

„Wir Grünen wollen einen schrittweisen Ausstieg aus allen Risikopestiziden.“

Vergeblich. Man hat dort die Dramatik der Lage offenbar noch nicht erkannt. Pestizide sind mitverantwortlich für das Insektensterben. Zudem finden sich Pestizidrückstände in den Böden, im Wasser und in Lebensmitteln. Daher ist es völlig unverständlich, dass sich noch immer Teile der Politik gegen einen völligen Ausstieg aus den Risikopestiziden wehren.



KURZMELDUNG

„Damit Oberösterreich aufblüht“

So nennt sich auch die Grüne Frühjahrskampagne, die auf die Gefahren der Pestizide hinweist und Alternativen aufzeigt. Und diese werden auch erfolgreich eingesetzt. Davon zeugen 57 Bodenbündnis-Gemeinden in OÖ, dutzende Gemeinschaftsgärten, die pestizidfreies Garteln ermöglichen oder alle Bio-LandwirtInnen, die ohne Umweltschadstoffe ihre Felder bestellen.

Risiko-Pestizide und Bienenschutz beschäftigte auch den oö. Landtag. Die Abgeordneten diskutierten über den Stopp risikoreicher Pestizide und über den Bienenschutz. Mit einem dringlichen Antrag haben die Grünen einen schrittweisen Ausstieg aus Pestiziden mit besonderem Gefahrenpotential und die Förderung von umweltfreundlichen Pflanzenschutzmaßnahmen eingefordert.



Foto: Bilderbox.com

Risikopestizide verbieten

Pestizide wie die Neonicotinoide und Glyphosat sind nicht einfach nur chemische Mittel, sondern bedrohlich und zerstörerisch für Mensch und Umwelt. Die Grünen verlangen einen schrittweisen Ausstieg aus den Risikopestiziden.

■ MAX GUSENBAUER

Der Blick streift über die Felder: wir sehen Idylle, Natur, einen Grundstein unserer Versorgung. Was wir nicht sehen, ist das Beiwerk, das in vielen Fällen das Bild der Beschaulichkeit trübt. Nennen wir dieses Beiwerk Pflanzenschutzmittel, bleibt die positive Anmutung. Was könnte an Schutz schlecht sein? Nennen wir es Pestizide, rücken wir der fatalen Wahrheit näher.

Zeit bringt Erkenntnis und Wissen. Auch beim Thema Pestizide. Und das ist gut. Viele Jahre wurde hemmungslos

gespritzt und gesprüht. Riesensummen an Pestiziden wurden quasi als Selbstverständlichkeit von vielen Landwirten, aber auch Hausgärtnern und Kommunen für den Pflanzenschutz eingesetzt. Die Folgen waren zunächst nicht bekannt, wurden lange nicht hinterfragt, dann zusehends ignoriert, verharmlost und in Kauf genommen.

Auf Kosten von Menschen und Umwelt

Das hat sich geändert, denn die Fakten sind nicht mehr zu verbergen. Der massive Einsatz von Pestiziden geht auf Kosten von Menschen und Umwelt. Davor warnen die Grünen seit vielen Jahren und haben eine Abkehr von den Pestiziden gefordert. Mit Erfolg, denn man scheint tatsächlich an einem Wendepunkt angelangt. Das gesamte Ausmaß dieses Problems ist endlich in das Bewusstsein von Politik und Allgemeinheit gedrungen.

Die Folgen sind einfach zu gravierend. Pestizide wie die Neonicotinoide und Glyphosat sind nicht einfach nur chemische Mittel, sondern bedrohlich

und zerstörerisch – allen voran für Bienen, Schmetterlinge und andere Insekten. Laut einer Studie hat sich alleine in Deutschland die Masse der Insekten in den letzten 27 Jahren um durchschnittlich 76 Prozent reduziert. Diese Entwicklung

„Die Masse der Insekten hat sich in den letzten 27 Jahren um durchschnittlich 76 Prozent reduziert.“

dürfte in Österreich ähnlich sein. Darauf weisen die Rückgänge beim Bestand der Vögel hin, für die Insekten eine wichtige Nahrungsquelle sind. Zudem ist laut einer aktuellen Erhebung in Österreich rund die Hälfte der heimischen Schmetterlinge gefährdet. Diese Entwicklung ist auch für den Menschen bedenklich. Denn 80 % der Nutzpflanzen werden durch Insekten bestäubt. Weniger Insekten heißt weniger Bestäubung, heißt bedrohte Versorgung für den

Menschen. Den Menschen drohen auch unmittelbare Folgen durch Pestizidrückstände in Böden, Wasser und Lebensmitteln. Auch wenn die Rückstände meist unter den Grenzwerten je Einzelwirkstoff liegen, bleibt aufgrund der Kumulationswirkung des Pestizid-Cocktails dennoch ein Restrisiko für die menschliche Gesundheit.

Ausweitung des Verbots beschlossen

Ein Ausstieg aus den Risikopestiziden ist alternativlos. Erste Schritte wurden nun gesetzt. Nach langen Debatten haben Ende April die EU-Mitgliedsstaaten die Ausweitung des Verbots der drei häufigsten Neonicotinoid-Wirkstoffe auf alle Anwendungen im Freiland beschlossen.

Für die Grünen ist dies ein Erfolg, aber trotzdem nur ein Zwischenschritt. Denn dies reicht bei weitem nicht, alle bleibenden Risiken zu beseitigen. Das Ziel kann nur sein, aus allen Risiko-Pestiziden auszusteigen, die Verwendung aller gefährlichen Pflanzengifte zu stoppen.

Der lange Weg bis zum Verbot

Jahre hat es gebraucht, dass die bienengefährdenden Neonicotinoide endlich verboten wurden.

2003

Im Jahr 2003 zeigen erste wissenschaftliche Studien, dass Beizmittel aus der Gruppe der Neonicotinoide akutes und schleichendes Bienensterben vorantreiben.

2009

29. Jänner 2009: Der Grüne Nationalrat Wolfgang Pirkhuber

bringt eine erste **schriftliche Anfrage** an den damaligen Landwirtschaftsminister zu den Bienenschäden aufgrund neonicotinoidehaltiger Pestizide ein.

2011

4. Februar 2011: Es ist ebenfalls Wolfgang Pirkhuber, der einen **Entschließungsantrag** zum Verbot neonicotinoidehaltiger Pestizide einbringt.

2013

Noch im April 2013 stimmte Österreich unter Umweltminister Niki Berlakovich erneut

gegen ein Neonicotinoide-Teilverbot. Berlakovich begründete die Ablehnung unter anderem mit fehlenden wissenschaftlichen Studien zum Bienensterben.

Mai 2013: Die Europäische Union beschließt auf drei Jahre ein befristetes Teilverbot neonicotinoidehaltiger Pestizide.

6. Juli 2013: Österreich beschließt ebenfalls ein Teilverbot dreier Pestizid-Wirkstoffe aus der Gruppe der Neonicotinoide, das über die EU-Verordnung hinausgeht.

2015

Mai 2015: Umweltlandesrat Rudi Anschober beantragt bei der Konferenz der Umweltreferenten der Bundesländer eine **unbefristete Verlängerung** des auf drei Jahre beschränkten Verbots der Anwendung der bienengefährdenden Pestizide der Neonicotinoide.

2018

April 2018: Die EU beschließt mit Zustimmung Österreichs ein dauerhaftes Verbot von drei Pestizid-Wirkstoffen aus der Gruppe der Neonicotinoide für alle Anwendungen im Freiland.

„Die Zeit der Eitelkeiten ist vorbei“

Mit Bundesrat David Stögmüller (30) und dem Landtagsabgeordneten Stefan Kaineder (33) sind zwei junge Oberösterreicher nicht nur aktiv in wichtigen Funktionen der Grünen Politik tätig. Angst um die Zukunft der Grünen haben beide nicht.

■ MARCO VANEK

Es war ein „erster wichtiger Schritt“, diese Neustart-Konferenz am 5. Mai in der Linzer Tabakfabrik. „120 junge Leute, die grüne Politik voranbringen wollen und die bereit sind, sich ordentlich reinzuhängen, damit diese Bewegung wieder Fahrt aufnimmt. Herz was willst du mehr?“, freut sich Stefan Kaineder. Diese Menschen haben sich im Rahmen dieser Veranstaltung zum ersten Mal zu einem Next Generation Lab getroffen, das Kaineder und sein Landtagskollege Severin Mayr ins Leben gerufen haben.

Aktives Tun statt Generation Sesselkreis

„Ich bin einer, der nicht aus der Generation Sesselkreis stammt, sondern aus der Generation Tun“, charakterisiert sich David Stögmüller selber. „Wir wollen anpacken, die konstruktiven Kräfte zusammenbringen und aufzeigen, wo wir hinwollen. Eine Parteistruktur ändert man aber nicht von heute auf morgen, deshalb braucht es bis November auf alle Fälle noch Zeit.“



„Wir wollen anpacken, die konstruktiven Kräfte zusammenbringen und aufzeigen, wo wir hinwollen.“

Dass sich etwas ändern muss, ist auch Stefan Kaineder klar: „Seit Oktober wissen wir: Die Zeit der Eitelkeiten ist vorbei. Wir müssen jetzt zusammenstehen und vor allem müssen wir wieder eine Vision entwickeln, für die wir glaubwürdig stehen und die uns die Menschen auch zutrauen. Da braucht es die Erfahrung der Gründergeneration, aber schon auch stark die Jungen. Die Antworten auf wichtige gesellschaftspolitische Fragen sehen 2018 einfach anders aus als

1978. Und in diesem Prozess will das NextGenLab einen wesentlichen Beitrag leisten.

„Viel Potential im Grünen Umfeld“

Angst um die Zukunft der Grün-Bewegung haben beide nicht. „Es gibt viel Potential im Grünen Umfeld. Die Herausforderung wird es sein, auch Menschen, die etwa nicht unbedingt in einem Gemeinderat mitarbeiten wollen, reinzubekommen. Dieses Knowhow brauchen wir. Bei den Grünen soll ich das Gefühl haben, hier kann ich aktiv was mitbestimmen“, so Stögmüller. Inhaltlich relevant zu bleiben, gelänge den Grünen erstaunlich gut, das Aus im Parlament schmerzt aber weiter sehr. „Vor allem bei CETA hat man jetzt gesehen, wie sehr es uns eigentlich braucht. Die NEOS waren immer für CETA und TTIP und die SPÖ ist in jede Richtung schon mal umgefallen und kann keine glaubwürdige Oppositionspolitik machen. Das ist schon bitter. Der einzige ernstzunehmende Widerstand



Stefan Kaineder (33) ist aus Dietach (Bezirk Steyr-Land) und Vater von drei Kindern. Seit 23. Oktober 2015 ist er Mitglied des oberösterreichischen Landtags. Er befasst sich schwerpunktmäßig mit Familienpolitik, Sozialpolitik und der Landwirtschaft. Twitter: @stefankaineder

ist damit außerparlamentarisch. Aber wir werden das wieder ändern, davon bin ich fest überzeugt“, betont Stefan Kaineder und David Stögmüller schlägt in dieselbe Kerbe: „Die NEOS haben es etwa geschafft, Politik für Junge wieder angreifbar zu machen. Durch den Abgang von Matthias Strolz ist da für die Grünen gerade ein Platz wieder frei geworden, da haben wir eine Chance, reinzukommen. Diese gilt es, auch auf Bundesebene wieder zu nützen.“



David Stögmüller wurde am 1. Februar 1987 in Ried im Innkreis geboren. Er ist Bundesrat der Grünen, Bezirkssprecher der Grünen im Bezirk Braunau und Gemeinderat der Grünen in der Stadt Braunau. Twitter: @Stoegmueller

Grüner Neustart

Sophia Hochedlinger (21) über die Neustart-Veranstaltungen in Wien und zuletzt in Linz.

■ MARCO VANEK

Wie ist der Grüne Neustart-Prozess angelaufen?

Sophia Hochedlinger: Der Andrang am 5. Mai war groß, Aufbruchsstimmung lag in der Luft und man hat gespürt, dass die Grünen wieder in den Startlöchern stehen. Unter den widrigen Umständen, in denen die GBW und die Bundespartei gerade arbeiten, die GBW ohne

Büro und ein Team, das zum Großteil ehrenamtlich arbeitet, die Partei ohne Mittel, so etwas zu schaffen hat mich sehr motiviert.

Wie sollten die vielen jungen Menschen, die zuletzt dabei waren, in die Partei eingebunden werden?

Das Erfreuliche ist, dass viele junge Leute gar nicht eingebunden werden müssen, die mischen sich aktiv ein und warten nicht auf eine Einladung! Die Grüne Jugend oder das Next Generation Lab ... es tut sich an vielen Ecken etwas. Für einen Neubeginn muss aber von Par-

teiteite auch mehr passieren. Man könnte zum Beispiel über Fixplätze für VertreterInnen der Jugendorganisation in Parteivorständen nachdenken, so als Beispiel. Am wichtigsten finde ich jedoch dafür zu sorgen, dass alles getan wird um jungen Menschen Raum zu bieten um sich zu organisieren, auch abseits von Mandaten.

Wie geht es in den nächsten Monaten weiter beim Neustart-Prozess?

Im Juli wird es das European Ideas Lab und eine grüne Sommerakademie in Graz geben, am 22. September ein großes



offenes Symposium in Wien. Zusätzlich gibt es eine Online-Diskussionsplattform (gruenezukunft.gb.w.at), auf der jede und jeder Beiträge schreiben und kommentieren kann. Im Herbst soll alles, was in den Monaten davor unter breitester Beteiligung gesammelt wurde, strukturiert und aufbereitet zusammengefasst werden...

Infos: gbw.at/gruenezukunft

ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@GRUENE.AT

Grüne Ideen

Ein Feuerwerk Grüner Ideen war Anfang Mai in der Linzer Tabakfabrik zu erleben. Fünfhundert Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus ganz Österreich – darunter viele bekannte Grüne Gesichter, aber noch mehr Neue und Interessierte, gaben den offiziellen Startschuss zur „politischen Wiederauferstehung“ der Bundespartei. Wir Grünen werden uns inhaltlich nicht neu erfinden oder gar die Farbe wechseln müssen, war der Tenor. Ökologie, Soziales, Geschlechtergerechtigkeit, aber auch die Verteidigung der Freiheit, der Menschenwürde und der Demokratie wird der Markenkern auch der „Neuen Grünen Partei“ bleiben. Im kommenden Herbst wird es auf Bundesebene neue Gesichter geben. Mehr Überzeugungskraft, mehr Glaubwürdigkeit und einen anderen Stil der Kommunikation werden die Neuen aber brauchen, um wieder das verlorengegangene Vertrauen der Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen...

meint Marco Vanek

Chefredakteur & seit kurzem auch Obmann der Grünen Bildungswerkstatt OÖ



Auf in eine neue Grüne Zukunft

Regionale Diskussionsforen über brennende Zukunftsthemen

Werner Kogler hat es bei der Auftaktveranstaltung in Leonding auf den Punkt gebracht: „Wir müssen wieder die großen Fragen stellen und mit Überzeugungskraft Grüne Antworten dazu geben“. Die großen Fragen liegen auf der Hand: Wie gestalten wir die Digitalisierung so, dass sie allen Menschen nützt? Wie organisieren wir in Zukunft unsere Mobilität, damit Mensch und Umwelt nicht unter die Räder kommen? Wie bewahren wir unsere bereits sehr bedrohte Artenvielfalt an Pflanzen und Tieren? Wie können wir bodenschonend bauen?

Diese und viele andere Fragen stehen im Mittelpunkt der Grünen Zukunftsforen, die in allen Regionen Oberösterreichs im Mai und im Juni stattfinden. Die ersten beiden in Leonding und in Gallneukirchen fanden bereits statt, im Juni folgen die nächsten in Steyr (8.6.), Ried (16.6.) und Attnang-Puchheim (22.6.).

Webtipp: ooe.gruene.at/zukunftsforen

KOMMENTAR



■ **GOTTFRIED HIRZ**
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
GOTTFRIED.HIRZ@
GRUENE.AT

CETA: Warum so eilig?

Kaum jemand will CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada – außer Konzerne, Wirtschaftslobbys und die schwarz-blaue Bundesregierung. Warum diese nach dem Kippen des Rauchverbots neuerlich derart gegen den Willen der Bevölkerung agiert, ist die eine Frage. Warum sie es derart eilig hat, die andere. Ist doch nicht einmal klar, ob CETA und vor allem die internationalen Schiedsgerichte mit dem EU-Recht vereinbar sind. Schon in einem Fall hat der EuGH in diesen einen Verstoß gegen EU-Recht gesehen. Ein weiterer Fall wird derzeit verhandelt, eine Entscheidung für Anfang 2019 erwartet.

Es ist möglich, dass das Urteil wieder negativ ausfällt. Den Vertrag vor dieser Entscheidung dem Nationalrat zur Ratifizierung vorzulegen, ist also voreilig. Könnte doch der Vertrag mit seinen Schutzbestimmungen hinfällig sein? Darum fordern wir Grünen, mit der Befassung des Nationalrats zu warten, bis das Urteil des EuGHs vorliegt.

KURZMELDUNG

Oberösterreich blamiert sich beim Jugendschutz

Ein einheitliches Jugendschutzgesetz für alle Bundesländer dürfte an Oberösterreich scheitern. Während sich alle anderen Bundesländer einig sind, stellt sich der zuständige FP-Landesrat Podgorschek weiter gegen österreichweit einheitliche Ausgehzeiten für Jugendliche. „Oberösterreich steuert damit auf eine Blamage zu, dabei wäre nach 35 Jahren eine Vereinheitlichung des Jugendschutzes endlich in Griffweite. Eine Ausdehnung der Ausgehzeiten auf bundesweites Niveau passt aber offensichtlich nicht in die kleine blaue Welt. Das ist einfach nur peinlich und ein Affront gegenüber Jugendlichen und Eltern“, betont der Grüne Jugendsprecher LABg. Severin Mayr.

Im jüngsten Landtag haben die Grünen eine Novellierung des Oö. Jugendschutzgesetzes eingefordert, die dem Ergebnis der Konferenz der Landesjugendreferentinnen entspricht. Dieser Antrag wurde von Schwarz-Blau abgelehnt. „In acht Ländern traut man den Jugendlichen und ihren Eltern zu, vernünftig mit den maximalen Ausgehzeiten umzugehen. Auch die ExpertInnen der Kinder- und Jugendanwaltschaft meinen, dass keine zusätzliche Jugendgefährdung durch ausgedehnte Ausgehzeiten zu erwarten ist. Diese Sichtweise teilen auch die Polizei und alle anderen Bundesländer. Nur Oberösterreich ist anders und will eine schärfere Regelung“, betont Mayr.

Die wundersame Wandlung

Recht viel schneller konnte es nicht gehen. Innerhalb kürzester Zeit wandelte sich die FPÖ beim Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) vom Gegner zum Fan. Beinhart zieht sie auf allen Ebenen ihren Gesinnungswandel durch.

■ MAX GUSENBAUER

Es ist so eine Sache mit politischen Versprechen. Vor allem, wenn sie nicht eingehalten werden, wie ein Bumerang zurückkehren und eine peinliche und tragische bis kabarettartige Wirkung entfalten. Wir dürfen hier das Beispiel CETA anführen – das geplante Freihandelsabkommen mit Kanada – und den ehemaligen FP-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer bemühen. Er werde als Bundespräsident den

CETA-Vertrag niemals unterschreiben, hat er gemeint und damit der Bevölkerung auch die Frontalstellung der gesamten FPÖ gegen CETA versichert. Gekommen ist es bekanntlich anders. Hofer ist nicht Präsident, und das mit dem blauen Nein zu CETA war auch gestern. Denn nun ist man nicht mehr in der Opposition, sondern Regierungspartner der ÖVP. Und als solcher schaut die politische Welt ganz anders aus und ist CETA gar nicht mehr so schlimm. Darum haben nun auch sämtliche FP Minister in der Regierungssitzung dem CETA-Vertrag zugestimmt – auch der „leider-nicht-Präsident-aber-dafür-Minister“ – man habe die ärgsten Punkte im Vertrag beseitigt, heißt es.

Das ist natürlich Humbug. „Die FPÖ hat sich verkauft und ihr CETA-Nein an der Koalitionsgarderobe abgegeben. So schnell und gewaltig umzufallen ist sogar für die FPÖ

BREITER WIDERSTAND GEGEN CETA

Groß war und ist nach wie vor der Widerstand gegen dieses Abkommen, das weiß auch die FPÖ, war sie doch an diesem Widerstand selbst beteiligt. Eine Mehrheit der Bevölkerung lehnt CETA ab, 562.552 Menschen haben das Volksbegehren gegen TTIP, CETA und TISA unterzeichnet. Mehr als 400

Städte und Gemeinden haben Gemeinderatsbeschlüsse gegen diese Abkommen gefasst. Im Nationalrat hat es immer eine breite Front gegen CETA und TTIP gegeben. Und auch die Landtage, die Landeshauptleute und der Bundesrat sind gegen das vorliegende Abkommen.

beachtlich“, betont der Grüne Landtagsabgeordnete Stefan Kaineder „und die FPÖ OÖ ist gleich mitgefallen, nach dem sie jahrelang gegen CETA gewettert und Beschlüsse gegen den Vertrag mitgetragen hat“. Denn im jüngsten Landtag hat neben der ÖVP auch die FPÖ gegen den Antrag der Grünen gestimmt, den CETA-Vertrag im Nationalrat vorerst nicht zu ratifizieren. Erstens solange nicht wichtige Fragen zu den besonders umstrittenen Schiedsgerichten geklärt sind

und zweitens solange der EuGH nicht endgültig entschieden hat, ob CETA mit Europarecht und der Verfassung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vereinbar ist.

Sind Sondergerichte rechtswidrig?

Denn auch der EuGH sieht in diesen Sondergerichten einen Verstoß gegen EU-Recht. Ein entsprechendes Urteil in einem Streitfall liegt bereits vor, ein weiteres wird für Anfang 2019 erwartet. „Auch dieses Mal könnte eine EU Rechtswidrigkeit festgestellt werden. Daher ist es voreilig, den Nationalrat abstimmen zu lassen, bevor das Gutachten des EuGHs vorliegt. Es sollte demokratiepolitisch und rechtsstaatlich selbstverständlich sein, vorher das Ergebnis abzuwarten“, betont der Grüne Klubobmann LABg. Gottfried Hirz.

Denn geändert hat sich zwar die Meinung der FPÖ, aber CETA selbst nicht. Weder bei den Gefahren durch das Abkommen noch beim Widerstand der Gesellschaft und Politik gegen den Vertrag.



Die FPÖ war dabei bei den internationalen Protesten gegen CETA. Nun stimmen die Freiheitlichen dafür.

IMPRESSUM

oö.planet. 01/2018
Zulassungsnr.: MZ 02Z031264 M

MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17 **HerausgeberInnen:** Die Grünen OÖ, Die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Heidi Obermaier, Mag. Elke Mayerhofer, Birgit Berghammer Bakk.Komm., Dr. Christian Krall, Mag. Markus Gusenbauer, Mag. Hadmar Hölzl **MitarbeiterInnen und AutorInnen:** Dr. René Freund, Korrektorat: Mag. Barbara Vanek **Fotos:** www.bilderbox.com, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek **Karikatur:** Mag. Michael Schneider **Gestaltung:** agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner **Produktion:** studioB Mag. Barbara Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner **Adressenverwaltung:** Nina Bikic, Tel.: 0732/73 94 00-556, nina.bikic@gruene.at **Druck:** Wimmer Medien Druck, Linz **Verbreitete Auflage:** 22.000 Stück

Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Ende November 2018

FORSTSTRASSEN FÜR BIKERINNEN FREIGEBEN

„Mit gespanntem Draht gegen Mountainbiker – dieser Wahnsinn schockiert und muss auch die Politik endlich aufrütteln. So kann es nicht weitergehen! Wir Grünen fordern schon lange, dass die Forststraßen für Mountainbiker freigegeben werden. Wir werden jetzt wieder die Initiative ergreifen, um dies auch umzusetzen“, Severin Mayr, Grüner Sportsprecher.



„Badeschluss durch die Hintertür“



Foto: Max Mayrhofer

Als Baywatcher unterwegs: Severin Mayr setzt sich für den Erhalt möglichst vieler Frei- und Naturbäder in Oberösterreich ein.

Zwar konnte das schon fix geglaubte Aus für 130 Bäder-Anlagen bis zum Jahr 2025 nicht zuletzt durch scharfe Kritik der Grünen abgewendet werden, das aktuelle Bäderinvestitionsprogramm könnte laut dem Grünen Sportsprecher Severin Mayr jedoch noch einen „Badeschluss durch die Hintertür“ für viele Einrichtungen bedeuten.

■ MAX GUSENBAUER

Die Erhaltung der 230 Frei- Natur- und Strandbäder Oberösterreichs geht ins Geld. Rund acht Millionen Euro an Steuergeldern werden jährlich aufgewendet, um die Abgänge zu decken. Und in der Theorie hat das Land die Fördersumme im neuen Bäderprogramm nun auch erhöht: 6,5 Millionen – statt wie bisher zwei Millionen Euro – stehen jährlich bereit. Doch diese vermeintlich gute Nachricht hat mehr als nur einen Haken, wie Severin Mayr betont: „Die Bäder müssen mindestens 50 Prozent ihrer Kosten erwirtschaften, um für eine Sanierung überhaupt erst in Frage zu kommen.“

Für die meisten Bäder eine illusorische Zahl, wie auch schon der mediale Aufschrei zahlreicher Bürgermeister betroffener Gemeinden zeigte. Gemeindevorstand Max Hiegelsberger (ÖVP) schlägt hier etwa vor, die Eintrittspreise – derzeit durchschnittlich 2,50 Euro pro Tag – künftig kräftig zu erhöhen und die Öffnungszeiten zu reduzieren. Beispiele wie in Arbing (Bezirk Perg) gibt es schon, wo die Freibäder nur noch im Juli und August aufgesperrt. „Hier ist allerdings zu

erwarten, dass viele Menschen den Bädern den Rücken zuwenden und auf die Badeseen ausweichen“, so Mayr.

Ländlicher Raum wird ausgedünnt

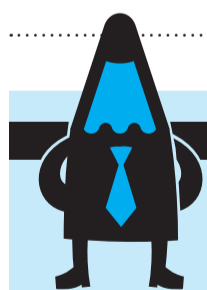
Bis zum Jahr 2021 sollen alle Bäder den Richtwert einer 50-prozentigen Kostendeckung erfüllen. Das wird viele Gemeinden unter gehörigen Druck setzen. „Das Land lässt die Gemeinden noch dazu mit der Sanierungsentscheidung alleine, zieht sich völlig aus der Verantwortung zurück und schiebt diese komplett ab“, prangert der

Grüne Landtagsabgeordnete aus Linz an. „Viele Gemeinden werden sich eine Sanierung erst recht nicht leisten können und die eigenen Bäder schließen, weil ihnen dann die Förderung in anderen wichtigen Bereichen wie Kinderbetreuung fehlen würde.“

Für den Grünen Sportsprecher zählt vor allem der Dialog mit den Gemeinden: „Landesrat Hiegelsberger muss vorher mit den Betroffenen sprechen, eine Lösung MIT ihnen finden, nicht GEGEN sie und ihnen noch bäderbedrohende Maßnahmen vor den Beckenrand knallen.“

Mayr kündigt an, das Thema auch politisch nicht ruhen zu lassen: „Das Land muss sich die Frage stellen, ob das selbst gesteckte Ziel einer flächendeckenden Versorgung mit Bädern überhaupt noch zu erreichen ist. Von einer Sicherung der Bäder sind wir auch mit diesem Finanzierungsplan noch meilenweit entfernt, die Gefahr der Ausdünnung des ländlichen Raums besteht nach wie vor.“ Nicht zuletzt sind auch langfristig die Folgen noch nicht abzuschätzen, wenn Kindern flächendeckend die Schwimm-Gelegenheiten wegbrechen. „Schon jetzt schlägt die Wasserrettung immer wieder Alarm, weil immer weniger Menschen schwimmen können“, so Mayr abschließend.

„Immer weniger Menschen können schwimmen.“



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

24. MAI 2018

Mein liebes Tagebuch, so lange hab ich nix mehr geschrieben, du bist so verstaubt wie die Wahlversprechen der FPÖ. Die ganze Zeit habens gegen CETA gezetert. Jetzt sinds Regierung, der Kurz der Bro und jetzt stimmens für das Freihandelsabkommen. Fallen kerzengrad um wie ein kanadischer Ahorn. Wies das erklären ist urkomisch, könntens auch auf Altgotisch machen, versteht sowieso kein Mensch.

Ja viele kriegen grad einen Ausschlag, was Schwarz-Blau im Gesundheitssystem macht, und zwar net mit dem Chirurgenbesteck, sondern mit Hammer und Kleber. AUVA zerschlagen, Krankenkassen zwangszusammenlegen. Eine Milliarde soll eingespart werden, ohne Leistungskürzungen. Geplant hat das Hogwarts, umsetzen solls der Harry Potter. Was macht Schwarz-Blau in Oberösterreich? Die FPÖ kippt

zwar auch da ansatzlos bei CETA um, dafür hält sie Teufelswerk von unserer Jugend fern. Das nennt sich einheitliches Jugendschutzgesetz für alle Bundesländer. Sollte ua. den Jugendlichen erlauben, länger fortzugehen. Sicher net, sagt der Landesrat Podgorschek. Wissen ma doch alle noch bestens, was in Sodom und Gomorrah passiert ist. Wenns soliden Spaß haben wollen, könntens später ja zu einer Burschenschaft gehen.

Was haben wir noch? Die Grünen wollen die gefährlichsten Pflanzenschutzgifte weghaben, weil die Insekten immer weniger werden. Schwarz-Blau will das net, richtig – sitzen eh nur am Eis und auf der Speckjause, die Viecher. Der Wolf ist wieder da, aber er sollt bleiben, wo er herkommt, sagt der Landesrat Hiegelsberger. Ich hab grad a DejaVu. Liebes Tagebuch, das wars, ich hab Sperrstund jetzt... ■ MAX GUSENBAUER

FUNDBÜRO

Wie Menschen zu guten Lösungen kommen

Pessimismus über die Zukunft dominiert zurzeit den öffentlichen Diskurs, JournalistInnen verorten eine ‚Krise der Demokratie‘ und konstatieren Resignation beim Wahlvolk. Philippe Narval



hingegen präsentiert in seinem neuen Buch positive Alternativen für die Erneuerung des demokratischen Systems in ganz Europa. Anhand von mutigen Projekten, VordenkerInnen und PionierInnen zeigt er, wie Demokratie neu belebt und gelebt werden kann; und zwar von jedem und jeder! Der Autor hat kürzlich darüber mit der Grünen Landtagsabgeordneten Ulrike Böker in Linz diskutiert. „Es ist ein Mut machendes Buch“, sagt Böker, die ehemalige Ottensheimer Bürgermeisterin. Sie hat selbst in ihrer Gemeinde viele lokale, Mut machende Projekte initiiert und gefördert. Philippe Narval stellt in seinem Buch ganz konkrete partizipative Projekte und Prozesse vor, vom Kindergarten bis zum Verfassungskonvent, von Irland bis Vorarlberg. Narval scheut sich aber auch nicht, zu benennen, wenn Partizipationsprozesse nur der Imagepflege dienen.

Phillippe Narval: Die freundliche Revolution – wie wir gemeinsam die Demokratie retten, Molden 2018, Preis: 21 Euro

MITGLIED WERDEN

Ökologisch, solidarisch, selbstbestimmt, basisdemokratisch, gewaltfrei und feministisch – das sind die Grundwerte der Grünen und dafür stehen wir.

Service für Mitglieder: Teilnahme an politischen Meinungsprozessen; Mitgliederinfos und kostenloser Bezug des oö.planet; Ermäßigte Weiterbildungsangebote der Grünen Bildungswerkstatt; Mit der Green-Card bei mehr als 50 Kulturinitiativen und ökologisch-sozial wirtschaftenden Unternehmen spezielle Vorteile nutzen.

➔ ooe.gruene.at/mitmachen/mitglied-werden

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW -556
Mail ooe@gruene.at
Web www.ooe.gruene.at

Die Grüne Bildungswerkstatt OÖ
Dr.-K.-R.-Plz. 5, 4800 Attnang-Puchheim ab 20. Juni: Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax DW -556
Mail office.ooe@gbw.at
Web www.ooe.gbw.at

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 Fax 0732/73 94 00-556

LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Aboverwaltung: Nina Bikic
Tel. 0732/73 94 00-429
Mail service.ooe@gruene.at

KURZMELDUNG



Klimaschutz: Mehr tun!

Oberösterreich kommt beim Klimaschutz immer mehr ins Hintertreffen. Hauptverantwortlich dafür ist der zunehmende Verkehr, aber auch der Energiesektor. Seit 2016 steigen die Zahlen bei den Emissionen der Energieträger, vor allem verursacht durch den vermehrten Einsatz der Gaskraftwerke. Oberösterreich muss beim Klimaschutz massiv zulegen, Umwelt-Landesrat Rudi Anschober will sich daher offensiv in die Erarbeitung des österreichischen Klimapakts einbringen und einen Neubeginn des Klimaschutzes auch in Oberösterreich in wesentlichen Verursacherebenen erreichen. „Denn sonst verspielen wir die Zukunft unserer Kinder, sonst werden uns die Generationen für unsere Untätigkeit heftig kritisieren. Denn wir sind die erste Generation, die die Klimakrise bereits spürt und die letzte Generation, die sie noch massiv verringern kann. „Vor zweieinhalb Jahren haben wir den großen Erfolg des Weltklimaübereinkommens von Paris gefeiert. Doch die EU wird in entscheidenden Bereichen des Klimaschutzes – vor allem bei der Energiewende – längst von den USA und China überflügelt. Österreich ist mittlerweile eines der Schlusslichter der EU beim Klimaschutz, ist weit weg von einem Kurs, der die Paris-Ziele erreichen lassen würde. Die neue Klima- und Energiestrategie bringt uns ebenfalls nicht weiter, da in dieser weitgehend die verbindlichen Maßnahmen fehlen. Bleibt als letzte Hoffnung Österreichs Klimapakt, der bis Jahresende an die EU gemeldet werden muss. Hier habe ich meine Teilnahme erfolgreich in die Erarbeitung eingefordert“, so Anschober.

Brachialreform

Alles neu und das möglichst schnell – Schwarz-Blau gibt sich bei der Sozialversicherungsreform ein Macherimage für viele Betroffene, Sachkundige und ExpertInnen ist die nun vorgelegte Reform unüberlegt oder gar ein reiner Unfug.

■ MAX GUSENBAUER

Die angedrohte Zerschlagung der AUVA sorgt weiterhin für gewaltigen Wirbel. Immerhin ist die AUVA die größte Sozialversicherung Österreichs, fünf Millionen Menschen sind gegen Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten versichert. Die Bundeskoalition will diese auflösen, wenn sie nicht eine bestimmte Summe einspart. Betroffen wäre in Oberösterreich damit auch das Unfallkrankenhaus. „Hier geht es nicht um Einsparungen und Reformen. Es ist die pure Absicht, eine solide Einrichtung abzutragen und ein funktionierendes System zu zerstören und völlig umzukrempeln“, sagt die Grüne Gesundheitssprecherin Ulrike Schwarz.

„Die AUVA als wichtige Säule des Gesundheitswesens durch ein völlig unrealistisches Spar-diktat zu zerstören und damit die drastischen Folgen in Kauf zu nehmen, ist unverantwortlich“, betont Schwarz.

Zwangsfusion ist noch keine Reform

Ebenfalls unüberlegt und folgenreich ist die geplante Zwangsfusionierung der Krankenkassen zu einer Bundeskasse. „Dieser Schritt bringt Riesenprobleme, die jetzt nicht einmal ansatzweise erfasst sind“, betont Schwarz, die sich keineswegs Reformen verwehrt. „Aber diese Reform muss unter Einbeziehung aller

„Auflösungen und Zwangsfusionierungen sind keine Reformen, sondern Gefahren für unser Gesundheitssystem.“

■ ULRIKE SCHWARZ, GESUNDHEITSSPRECHERIN DER GRÜNEN OÖ

Denn das Argument der mangelnden Reformbereitschaft stimmt nicht. Schon jetzt gibt es intensive Kooperationen mit den anderen Krankenhäusern und der Blutbank. Ausbildungs- und Behandlungsqualität profitieren und Synergieeffekte werden genutzt.

PartnerInnen erarbeitet werden. Vor allem muss es ein Verhandlungsmandat auf Länderebene geben, denn nur so können spezifische Problemfelder zw. Kassa, Land und Ärztekammer gemeinsam gelöst werden. Die Versorgungsqualität für die PatientInnen ist dabei immer das oberste Ziel“, meint Schwarz.



Ulrike Schwarz: „Zuerst muss klar sein, wer was wo am besten für die Gesundheit leisten kann.“

Alles in allem sind es zwei schwarz-blaue Maßnahmen, mit denen Schwarz-Blau einen gefährlichen Weg einschlägt. „Dieser Weg ist in der ÖVP nicht unumstritten, wie Reaktionen aus den Ländern zeigen. Denn eines ist klar. Reformen im Gesundheitssystem sind unausweichlich, aber Auflösungen und Zwangsfusionierungen sind keine Reformen, sondern Gefahren für unser Gesundheitssystem“, meint Schwarz.

Selbst in der ÖVP ist dieser Schritt höchst umstritten wie die Wortmeldung aus Salzburg zeigt“, fordert die Grüne Gesundheitssprecherin LABg, Ulrike Schwarz ein Umdenken.

Regionale Versorgung sichern

Eine effektive und nachhaltige Reform muss die gute Versorgung der PatientInnen in den Mittelpunkt stellen. „Zuerst muss klar sein, wer was wo

am besten für die Gesundheit leisten kann. Zuerst müssen PartnerInnen von den Kassen bis hin zu Ärzte- und Pflegevertretung und dem Land eingebunden werden. Erst dann kann es einen ausgewogenen Vorschlag geben“, betont Schwarz.

Als eines der dringlichen Ziele muss die regionale Versorgung durch niedergelassene ÄrztInnen gesichert werden. Dafür muss es in den einzelnen Ländern aber unterschiedliche Maßnahmen geben. So hat sich der in OÖ eingeführte HÄND Hausärztlicher Notdienst mit dem Roten Kreuz abends und am Wochenende gut bewährt. Schwarz: „Die Einführung war nur möglich, weil Krankenkassen, Ärztekammer und Land OÖ diesen Dienst gemeinsam erarbeitet haben und finanzieren. Genau diese flexiblen Möglichkeiten müssen auf jeden Fall erhalten bleiben.“

Hundertern Lehrlingen droht die Abschiebung

Rudi Anschober fordert Runden Tisch, um eine politische Lösung zu finden.

■ MARCO VANEK

Über 51.000 Menschen – hauptsächlich aus Oberösterreich – haben bis Ende Mai die Initiative von Rudi Anschober www.ausbildung-statt-abschiebung.at bereits unterschrieben. Darunter sind viele Prominente wie Reinhold Mitterlehner, Hans Peter Haselsteiner oder Hubert von Goisern bis Willi Resetarits, Gerhard Haderer, Josef Hader, Thomas Maurer, Dirk Stermann, Christian Konrad,

Ferry Maier „Es braucht dringend eine politische Lösung für die betroffenen Lehrlinge und für die hunderten Unternehmer/innen in Mangelberufsbranchen, die derzeit in Ungewissheit über die Zukunft ihrer Schützlinge gelassen werden“, sagt Anschober. Der Integrationslandesrat sieht mehrere Lösungsmöglichkeiten, um die drohenden Massenabschiebungen gut integrierter Lehrlinge abzuwenden. Die in Deutschland seit 2016 praktizierte 3plus2-Regel spricht eine Duldung für die drei Jahre Ausbildung und die ersten beiden Arbeitsjahre im Betrieb aus und schafft damit Klarheit und Sicherheit. Aktuell werden in Deutschland 7000 Lehrlinge nach dieser



Viele unterstützen die Petition gegen Abschiebung; v.l.n.r.: Bernhard Forstreiter, Maria Reitner, Rudi Anschober, Regina Fecher, Ferdinand Maier

Regel ausgebildet, sie soll nun auch auf die Ausbildung in den Pflegebereich ausgedehnt werden. Die Schaffung eines Lehrlingsvisums analog zum Studierendenvisum schlägt die Wirtschaftskammerpräsidentin Doris Humer vor. Darüber hinaus fordert die Wirtschaftskammer in ihrer Stellungnahme zum Fremdenrechtsänderungsgesetz einen Niederlassungstitel für Lehrlinge als aufenthaltsrechtliche Lösung für jene mit einem negativen Bescheid. „Diese und weitere Vorschläge könnten bei einem Runden Tisch diskutiert werden“, so Anschober. „Ist der politische Wille vorhanden, dann lässt sich eine Lösung relativ einfach und rasch finden.“

Voller Genuss und Lebensfreude

Gustieren, tratschen, genießen: Nur wenige Meter abseits der Hektik des Alltages bietet der Südbahnhofmarkt kulinarische Schmankerl aus der Region, gepaart mit einem entspannten Flair. Wir haben uns mit dem Grünen Gemeinderat Bernhard Seeber am „Südi“ umgesehen.

■ CHRISTOPHER BUZAS

Obwohl nur wenige Meter von der vielbefahrenen Khevenhüllerstraße entfernt, entsteht schon beim Betreten des Marktareals der Eindruck, in einer kleinen Oase gelandet zu sein. Sind kurz zuvor noch Verkehrslärm und Autoabgase in der Luft gelegen, kitzelt nun eine einzigartige Geruchsmixtur aus verschiedenen Obst-, Gemüse- und Käsesorten Gaumen und Nase der MarktbesucherInnen. Vor vielen Standln stehen kleine Gruppen, die sich unterhalten, mit

„Es ist vor allem die Kommunikation, die das Marktgefühl ausmacht.“

den Standlern fachsimpeln und sich über die neuesten Spezialitäten informieren. Man kennt sich offenbar – ein Eindruck, den Rosa Gumplmayr, Inhaberin des Betriebes Freilandeier Gumplmayr, bestätigt. „Zu uns kommen viele treue Stammkunden“, erzählt die Mühlviertlerin, die seit 24 Jahren

Eier und vieles, was sich daraus erzeugen lässt, am Südbahnhofmarkt verkauft. Rund 4000 Hendlin hat sie zu Hause, jedes darf sich auf zehn Quadratmetern bewegen. Kommt die Rede auf den Markt, beginnen Gumplmayrs Augen zu leuchten. „Es ist vor allem die Kommunikation, die das Marktgefühl ausmacht. Hier herrscht einfach Leben.“

Ein Ort voller Leben

Dieser Eindruck bestätigt sich bei einem Blick über das Gelände sofort. Von der positiven Stimmung erzählen auch neue Mitglieder der Standler-Familie am „Südi“. „Für uns war schnell klar, dass wir uns am Südbahnhofmarkt und nicht woanders ansiedeln. Der Ort ist voller Leben, die Lebensmittel stehen im Vordergrund“, sagt David Schobesberger, Geschäftsführer der Marktbrauerei, im Gespräch mit dem Linzer Gemeinderat Bernhard Seeber.

Einen Beitrag zum angenehmen Flair leistet auch die Zusammenarbeit unter den Betrieben, etwa zwischen der Marktbrauerei und



Foto: Claus Mühr

dem nicht weit entfernt liegenden „Kowalski“. Hinter dem Fantasienamen verbirgt sich ein vegetarisches Lokal, in dem kein Alkohol ausgeschenkt wird. „Wer bei uns essen und dazu trotzdem ein Bier möchte, kann sich das bei der Marktbrauerei holen und bei uns trinken oder wir holen es sogar“, schildert Mara Lenzer, die für die Linzer Gastronomiebetriebe des Diakoniewerks zuständig ist. Dazu zählt auch das „Kowalski“. Die Besonderheit: In dem Lokal arbeiten Personen mit und ohne Beeinträchtigung eng zusammen. Seit August wird am Südbahnhofmarkt aufgetischt, die Erfahrungen nach knapp einem Jahr sind positiv. „Wir sind positiv aufgenommen worden.

Besonders auffällig ist die bunte Mischung aus Jung und Alt, die den Markt besucht“, erzählt Lenzer.

Davon, dass ein klassischer Standmarkt auch in Zeiten der Digitalisierung beim jüngeren Publikum Zukunft hat, ist eine Überzeugung, die es wissen muss: Maria Kössler ist seit 62 Jahren fixer Bestandteil des „Südis“. In ihrer Geschirrschwemme verkauft die mittlerweile 77-Jährige weit mehr als nur Geschirr. Bis knapp unter die Decke ihrer Koje stapeln sich geflochtene Einkaufskörbe, Kochlöffel, Nudelhölzer und vieles mehr. „Einen Markt wird es hier immer geben. Das braucht man nicht schlechtreden“, sagt Kössler. Ein wahres Wort!

Seit 1962 Jahren fixer Bestandteil des Südbahnhofmarktes: Maria Kössler im Gespräch mit Gemeinderat Bernhard Seeber

Webtipp:
→ suedbahnhofmarkt-linz.at

Dieses Lebensgefühl gibt es nicht im Internet

Der Grüne Gemeinderat Bernhard Seeber im Gespräch über den Linzer Südbahnhofmarkt.

Warum sollte man sich einen Besuch auf dem Südbahnhofmarkt auf keinen Fall entgehen lassen?

Regional und persönlich – das sind die Begriffe, die den Südbahnhofmarkt ausmachen. Man kennt sich, tratscht miteinander und hat dabei noch eine große Auswahl an regionalen Produkten. Das gibt es so in keinem Supermarkt.

Oft heißt es ja, dass der Markt so teuer sei.

Das kann man so pauschal sicher nicht behaupten. Viele regionale Produkte, angefangen von Obst über Gemüse bis hin zu Eiern, sind am Südbahnhofmarkt günstiger oder zumindest nicht teurer als im

Supermarkt. Spezialitäten, zum Beispiel besondere Käsesorten, kosten natürlich ein bisschen mehr. Aber solche Schmankerl bekomme ich halt nur dort.

Wo liegen die Herausforderungen, damit der Südbahnhofmarkt trotz der zunehmenden Digitalisierung erfolgreich bestehen kann?



Foto: Claus Mühr

Natürlich ändert sich die Welt. Das trifft aber auch auf den Südbahnhofmarkt zu. So sind in den vergangenen Monaten einige neue Standler gekommen, die zum Teil Produkte verkaufen, die es hier vorher noch nicht gegeben hat. Und persönliche Beratung, Gespräche und das positive Lebensgefühl werde ich im Internet nie bekommen.



Foto: Archiv

Von der Pferdeeisenbahn zum Grünmarkt

Vom Bahnhofsgelände der Pferdeeisenbahn zum größten Linzer Markt

Stellen am Südbahnhofmarkt heute regionale, frische Lebensmittel im Mittelpunkt, so hatte das Areal früher einen völlig anderen Zweck. Bis 1872 war hier das Bahnhofsgelände der Pferdeeisenbahn beheimatet, daher der Name Südbahnhof.

Während des 2. Weltkrieges wurde auf dem Platz militärisches Material gelagert. Im Jahr 1949 hielt schließlich das Marktleben am „Südi“ Einzug. Einen großen Grünmarkt hatte es in der Linzer Innenstadt bereits zuvor gegeben. Dieser war vor dem Umzug zum Südbahnhofmarkt im Hespenspark zu Hause gewesen.

Karikatur



GRÜNE ZUKUNFTSFOREN

In den Zukunftsforen diskutieren wir brennende Fragen unserer Zeit und entwickeln gemeinsam neue Vorgehensweisen, um künftig anders als bisher zu agieren.

**Fr., 8. Juni, 18.00 Uhr,
Steyr Museum Arbeitswelt
Nachhaltig mobil – über
Mobilitätskonzepte der Zukunft**

Distanzen spielen heute kaum noch eine Rolle, weder für Menschen, noch für Güter. Diese Mobilität spielt sich großteils auf der Straße ab. Die Folgen davon sind für viele Menschen bereits spürbar durch Einbußen in der Lebensqualität.
Impuls: Christian Haider, Institut für Logistik, FH Steyr
Co-Speaker: Severin Mayr, Stefan Kaineder, beide Abgeordnete zum Oö. Landtag, Werner Kogler, Bundessprecher der Grünen

**Sa., 16. Juni, 9.00 bis ca. 13.00 Uhr,
Ried/Innkreis, Pfarrheim Riedberg
Bedrohte Vielfalt – Biodiversität
verstehen und handeln**

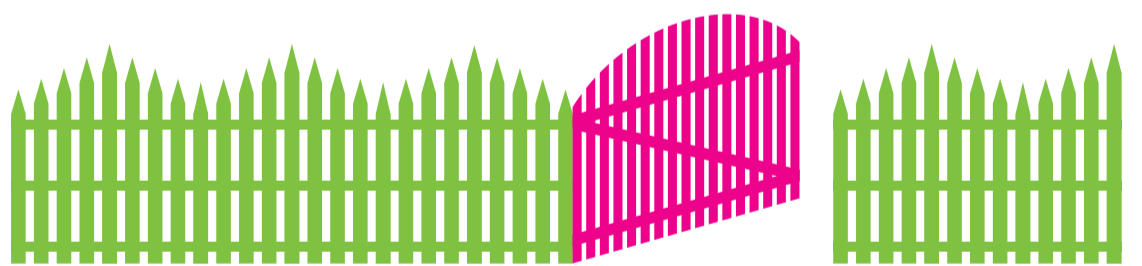
Wie ist es um die Vielfalt in der Pflanzenwelt des Innviertels, den Fließgewässern und in der Landwirtschaft bestellt? Woher kommen die Gefahren? Welche Prognosen können wir stellen? Und was können wir dafür tun? Fachliche Inputs und Diskussionen werden Lösungsansätze für komplexe Probleme aufzeigen.
Impulse von Michael Hohla, Sarah Höfler, Xaver Diermayr

**Fr., 22. Juni, 18.00 Uhr, Technologiezentrum Attnang-Puchheim
Die Zukunft des Verkehrs –
Verkehrswende einleiten**

Die Menschen sind heute so mobil wie noch nie. Doch diese Flexibilität hat ihren Preis in Umwelt, Natur und vereinzelt auch für Lebensqualität.
Wie können Mobilitätskonzepte in Zukunft aussehen, gerade im ländlichen Raum und welche Rolle spielen dabei Raumordnung und Verkehrsplanung?
Impuls: Markus Gansterer (VCÖ)
Co-Speaker: Gottfried Hirz, Klubobmann der Grünen im Oö. Landtag, Werner Kogler, Bundessprecher der Grünen

Grund und Boden

Wie ich lernte, Grenzen zu achten



TEXT RENÉ FREUND

Viel wird ja in der Politik über Grenzen geredet. Im Grunde genommen regiert derzeit im Land der Grenzschutz in der Koalition mit Blut und Boden. Meistens steht die Abwehr von Migration im Mittelpunkt. Als gebürtiger Wiener, der über die Westbahn-Route nach Oberösterreich ausgewandert ist, stelle ich mir aber auch als relativ gut integrierter Inländer manchmal Fragen zum Unterschied der Kulturen.

Für den Wiener ist alles seins. Seine Wiese, sein Wald, sein Garten, sein Feldweg, sein Parkplatz. Sobald er einen Fuß oder einen Autoreifen auf ein Stück Land gesetzt hat, ist es seins. Dagegen legt der Oberösterreicher, und ganz speziell der Grünauer, eine gewisse Empfindlichkeit an den Tag, wenn sein Territorium nicht respektiert wird. Ich musste das schmerzlich lernen, als ich, vor bald einem Vierteljahrhundert, ein paar krumme Fichten an der Grundstücksgrenze umschnitt, ohne vorher mit dem Nachbarn Rücksprache zu halten. Hui, das gab ein Donnerwetter! Wer Grund besitzt, besitzt nämlich immer auch einen Grund sich aufzuregen. Ich hab das mittlerweile verstanden. Ich rühre keinen Grashalm mehr an, der nicht zu meinem Bereich gehört.

Der Grundsatz des Grenzschutzes gilt freilich nur für Besitz. Für Personen gilt er in Oberösterreich nicht. Während man in Wien anruft, bevor man jemanden heimsucht, stehen bei mir immer wieder wildfremde Menschen im Garten oder im Vorzimmer, um sich zum Beispiel ein Buch signieren zu lassen. Unlängst hatten wir Bürgermeisterwahlen, da war es besonders schlimm. Jeden Tag schneite ein anderer Kandidat herein und bemerkte, was für ein „wunderbar ruhiges Platzerl“ ich da habe. Ja, ruhig wäre es gewesen!

Aber ich finde es natürlich sehr ehrenvoll, wenn ich besucht werde. Ich signiere auch gerne, wirklich, aber eine kurze Vorwarnung wäre ganz angenehm. Es könnte ja sein, dass ich gerade esse, schreibe, schlafe oder leicht bekleidet in der Sonne liege. Genau genommen sind all diese Fälle schon eingetreten, was mir manchmal ziemlich peinlich war – den fremden Eindringlingen aber nicht im Geringsten. Vielleicht bin ich aber nur deshalb so empfindlich, weil ich keinen Grund besitze. Jedenfalls keinen materiellen. Gelegentlich aber einen, mich aufzuregen.

René Freund lebt als Autor in Grünau im Almtal. Soeben erschien sein neuer Roman „Ans Meer“ (Deuticke Verlag)